



Presseinformation

Nr. 102 / 2014

Kiel, Donnerstag, 6. März 2014

Bildung / Gymnasien

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Anita Klahn: Schleswig-Holstein darf keine bildungspolitische Insel werden!

Zur aktuellen Initiative der FDP-Landtagsfraktion, die gymnasiale Wahlfreiheit zwischen G8, G9 und G-Y schulgesetzlich wieder einzuführen, erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Mit dem jetzt von der FDP-Landtagsfraktion ins parlamentarische Verfahren gebrachten Gesetzentwurf (Drs. 18/1648) wollen wir wieder die Voraussetzung dafür schaffen, dass Gymnasien in eigener Verantwortung über die Einrichtung eines acht oder neunjährigen Bildungsganges oder das parallele Angebot beider Bildungsgänge entscheiden können. Die Schulen können damit wieder besser den jeweiligen lokalen Bedürfnissen Rechnung tragen. Auch wird in unserer Initiative klargestellt, dass Gymnasien eine Oberstufe haben müssen.

Im gesamten Bundesgebiet ist der Trend zur Rückkehr zu G9 ungebrochen. Zuletzt hat die Bildungsministerin von Niedersachsen die Rückkehr ihres Bundeslandes zu G9 erklärt. In Hessen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg läuft dieser Prozess bereits; Rheinland-Pfalz ist niemals von G9 abgerückt. In Bayern, Hamburg und Berlin gibt es auch entsprechende Initiativen. Schleswig-Holstein war in der vergangenen Legislaturperiode federführend bei der Wiedereinführung der gymnasialen Wahlmöglichkeit. Wegen der jüngst von SPD, Grünen und SSW beschlossenen Schulgesetzreform muss unser Land jedoch fürchten, von der Entwicklung im Bundesgebiet abgekoppelt zu werden. Schleswig-Holstein darf aber keine bildungspolitische Insel werden. Deshalb ist unser Vorschlag – nicht komplett auf G9 umzustellen, sondern den Schulen die Wahlmöglichkeit zu eröffnen – bildungspolitisch nicht radikal, sondern sachgerecht.

Gerade im ländlichen Raum mit längeren Anfahrtswegen zur Schule haben G8-Schülerinnen und -Schüler wegen des zeitlich dichten schulischen Tagesablaufes kaum mehr Zeit für soziales, musikalisches, sportliches und ehrenamtliches Engagement. Dass die rot-grün-blaue Koalition diese Tatsache bewusst ignoriert und den Eltern, Schülern und Lehrern vor Ort die Möglichkeit genommen hat, sich auf die lokalen Gegebenheiten entsprechend einzustellen, ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel.“